
Gerhard Himmelmann

Zur Problematik der Neuen Sozialen Frage

Kritik einer Politik, eines Programms und einer Theorie

Dr. Gerhard Himmelmann, Jahrgang 1941, studierte von 1963 bis 1967 Politische Wissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin, promovierte 1970 und war anschließend Mitarbeiter der Bank für Gemeinwirtschaft. Er war dann Referent für Zukunftsforschung und Umweltschutz beim WSI. Seit 1973 ist er Hochschuldozent an der PH Niedersachsen, Abt. Braunschweig.

„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern¹.“

„Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen².“

1 „Aufräumen bis zum Rest dieses Jahrhunderts“, Franz Josef Strauß über die Strategie der Union, in: Der Spiegel, Nr. 11/1975, S. 36.

2 Reden des Kaisers, hrsgg. von Ernst Johann, München 1966, S. 91 („Hunnen-Rede“ Wilhelms II. v. 27. Juli 1900 in Bremerhaven).

Zur „Tendenzwende“

Die Gewerkschaften haben das Recht und die Pflicht, über Probleme der Investitionslenkung, über Probleme der Bankenverstaatlichung, der Reform der beruflichen Bildung, der Mitbestimmung usw. immer wieder neu nachzudenken. Neue Fragestellungen führen zu neuen Analysen und zu neuen Lösungsvorschlägen.

Gewerkschaftern steht es aber auch zu, wieder einmal einen Blick über den Zaun zu tun, um zu sehen, was sich denn auf der anderen Seite tut, um danach zu forschen, wo das Zentrum der neuen Großwetterlage liegt, von der man so beschönigend sagt, daß sie eine „Tendenzwende“ bedeute. Solche Umschau nach den anderen wird Ernüchterung verbreiten, kann aber zugleich auch neuen Elan für eine energischere und gezieltere politische Auseinandersetzung geben. Den Kontrahenten auf sich zu ziehen, mag viel Ehr' einbringen. Politische Klugheit allerdings sucht sich den Gegenpart und das Feld der Auseinandersetzung selber aus.

Der Regierungswechsel in Bonn 1969 muß als einer der entscheidenden Faktoren der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik angesehen werden. Die CDU/CSU wurde in die Oppositionsrolle gewiesen. Lange Zeit hat sie sich freilich gesträubt, ihre Oppositionsrolle anzunehmen. Vor der Öffentlichkeit bestand das Problem darin, daß sie ihr Negativ-Image als „Pinscher-Partei“ und als „Partei der gewollten Rezession“ überwinden mußte. Intern bedurfte es einer Straffung der Parteiorganisation. Nun: Der Generalsekretär *Heck* wurde gegen *Kurt H. Biedenkopf* ausgetauscht, die neue Parteizentrale, das Konrad-Adenauer-Haus, bezogen, von dort aus die Parteigliederungen mit Erfolg reorganisiert; zur neuen Form und Organisation wurde auch eine „neue“ theoretische Grundlage formuliert. Der Höhepunkt der bisherigen Neuorientierung der CDU war der Mannheimer Parteitag im Juni 1975. Die „neue CDU“ war gesucht und gefunden.

Wir wollen im folgenden nicht die Probleme der Kernmannschaft der CDU/CSU untersuchen, sondern die „neue“ Theorie der CDU ansprechen und sowohl ihre praktischen Auswirkungen wie ihre Parallelen in der neueren soziologischen Diskussion aufzeigen, um sie anschließend einer Kritik zu unterziehen.

Die Mannheimer Erklärung

Auf dem 23. Bundesparteitag der CDU vom 23. bis 25. Juni 1975 in Mannheim hat die CDU auf Initiative des Bundesvorstandes die sog. „Mannheimer Erklärung“ vorgelegt. Diese Erklärung, am 12. November 1975 mit einigen Korrekturen endgültig verabschiedet, soll „Schwerpunkte behandeln“, die nach Meinung der CDU „in der nächsten Zeit besondere Anstrengungen erforderlich machen werden“³. Der tiefere Grund der Mannheimer Erklärung liegt

³ Pressemitteilung der CDU v. 5. Juni 1975.

wohl im Versuch der Abgrenzung und im Beweis der Eigenständigkeit — sowohl gegenüber der bayerischen Schwesterpartei wie gegenüber der FDP (Freiburger Thesen) und der SPD (Godesberger Grundsatzprogramm, Orientierungsrahmen '85)⁴.

Der *Spiritus rector* dieser Erklärung ist K. H. Biedenkopf. Er ist zugleich der Organisator der „neuen CDU“⁵. Biedenkopf ist Jurist, hat über Probleme der Tarifautonomie⁶ und über das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften rechtsvergleichend gearbeitet⁷ und ist zugleich in der neueren soziologischen Auseinandersetzung versiert.

Die These von der „Neuen Sozialen Frage“

Obwohl Biedenkopf seinen entscheidenden Beitrag zur Mannheimer Erklärung bescheiden zurückstellte⁸, liegt doch ein wichtiger Kernpunkt der Mannheimer Erklärung in der besonders von Biedenkopf vertretenen These, daß es eine „Neue Soziale Frage“ gebe. Aus Anlaß der Vorstellung der Mannheimer Erklärung vor der Öffentlichkeit umriß Biedenkopf die These wie folgt:

„Wir verstehen unter der Neuen Sozialen Frage eine Vielzahl drängender gesellschaftspolitischer Aufgaben, die bisher kaum als solche erkannt, geschweige denn gelöst worden sind. Sie haben ihre gemeinsame Ursache in gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Die bisherige gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ist beherrscht von dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Wir unterschätzen die Bedeutung dieses Konflikts keineswegs. Arbeit und Kapital stehen sich jedoch in diesem Land in wohlorganisierten Interessenverbänden gegenüber, die nicht nur die jeweiligen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen versuchen, sondern sich auch gegenüber den nichtorganisierten Bevölkerungsgruppen behaupten. Diese Gruppen: alte Menschen, Nichterwerbstätige, Mütter mit kleinen Kindern — um nur einige zu nennen — können ihre berechtigten Interessen aus eigener Kraft in unserer Gesellschaft nicht durchsetzen. Ihre Interessen müssen deshalb verstärkt vom Staat und den Parteien wahrgenommen werden. Diese Aufgabe ist vor allem von der Bundesregierung seit 1969 vernachlässigt worden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Lösung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital allein nicht ausreicht. Zugleich muß die Neue Soziale Frage gelöst werden“⁹.

Den entscheidenden Wandel in der Gesellschaft sieht die CDU im Wandel der gesellschaftlichen Konfliktstrukturen:

„Zu dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital sind Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Minderheiten und Mehrheiten, zwischen

4 Vgl. Dettling, W.: Die CDU nach Mannheim. Wandel und Kontinuität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 30/1975 v. 26. Juli 1975.

5 Vgl. Scheer, H.: Der Mythos des Privaten. Kurt H. Biedenkopfs Funktion für die „neue CDU“, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.): Der neue Konservatismus der siebziger Jahre, Reinbek 1974, S. 171 f.

6 Biedenkopf, K. H.: Grenzen der Tarifautonomie, Karlsruhe 1964.

7 Biedenkopf, K. H.: Unternehmer und Gewerkschaften im Recht der Vereinigten Staaten von Amerika, Heidelberg 1961.

8 Vgl. Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU Deutschlands, UiD-Interview mit dem Generalsekretär der CDU, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, zur Mannheimer Erklärung, UiD-Dokumentation 24/1975.

9 Ebenda.

Stadt und Land und zwischen den Machtausübenden und Machtunterworfenen innerhalb der organisierten gesellschaftlichen Gruppen getreten¹⁰."

Die Erklärung folgert:

„Zu den Mächtigen in unserer Gesellschaft gehören heute nicht mehr allein die Kapitaleigner, sondern Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen¹¹." „Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage¹²."

Schon Biedenkopf hatte hervorgehoben, daß er den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital als gelöst ansehe, ja sogar, daß die Arbeitnehmer die eigentlichen „Nutznießer unseres Systems"¹³ seien. Auch die Mannheimer Erklärung betont, daß die Arbeitnehmer heute „besser denn je vor wirtschaftlichen Risiken geschützt" seien¹⁴.

Sozialpolitische Schlußfolgerungen

Die Mannheimer Erklärung enthält selbst keine systematischen Vorschläge zu konkreten sozialpolitischen Maßnahmen. Welche sozialpolitischen Schlußfolgerungen allerdings gezogen werden können, ist aus Stellungnahmen aus dem Sozial- und Gesellschaftspolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — unter Bezugnahme auf die Neue Soziale Frage — zu entnehmen. Parallel zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung wurde in diesem Arbeitskreis u. a. gefordert, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wöchentlich zwei Stunden mehr arbeiten sollten, daß die flexible Altersgrenze wieder aufgehoben, der Jahresurlaub gekürzt, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall überprüft bzw. eine Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an den Krankheitskosten vorgesehen werden sollte¹⁵. Statt dessen sollte u. a. eine konsequente Familienpolitik betrieben werden¹⁶.

Es zeigt sich, daß offensichtlich die Überprüfung der sozialen Rechte und Leistungen für die Arbeitnehmer die Mittel freisetzen soll für die Lösung der Neuen Sozialen Frage. Wie man sieht, wird der Eingriff für die Arbeitnehmer massiv, ja sogar existentiell bedrohlich sein.

10 Unsere Politik für Deutschland — Mannheimer Erklärung —, hrsgg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn November 1975, S. 33.

11 Ebenda S. 33.

12 Ebenda S. 33.

13 „Nutznießer unseres Systems sind Arbeitnehmer", Rede Kurt Biedenkopfs über die „Aktuelle politische Lage aus der Sicht der CDU", abgedruckt in: Frankfurter Rundschau v. 12. April 1975, S. 6.

14 Mannheimer Erklärung, S. 32.

15 Vgl. „Faulheit und Neid sind ein Geschwisterpaar". Überlegungen in der CDU zur Sanierung der Staatsfinanzen. Abdruck eines Grundsatzpapiers aus dem „Sozial- und Gesellschaftspolitischen Arbeitskreis" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: Frankfurter Rundschau v. 9. September 1975, S. 14.

16 Zur früheren familienpolitischen Konzeption und Praxis der CDU vgl. Haensch, D.: Repressive Familienpolitik, Reinbek 1969.

Politische Folgerungen

Neben der These von der Neuen Sozialen Frage geht die Mannheimer Erklärung von einem spezifischen Staatsverständnis aus. Der Staat habe die Aufgabe, „seine Gesamtverantwortung gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen durchzusetzen und die Interessen der Allgemeinheit zu wahren“¹⁷. Die organisierten Interessenverbände hätten heute eine entscheidende Machtposition in der Gesellschaft erreicht. „Die für die Wohlfahrt des Landes erheblichen Interessen und Ansprüche werden allerdings nicht durch die organisierten Interessenvertretungen erschöpft“¹⁸. Zur Sicherung der übergeordneten Gesamtwohlinteressen müsse die Handlungs-, Leistungs- und Durchsetzungskraft des Staates gestärkt werden. Es wird eine „Einordnung der gesellschaftlichen Gruppen in das gesellschaftliche Ganze und das Gemeinwohl“¹⁹ gefordert und betont, „daß der Staat seine Autorität nicht mit den Gruppen teilen“ könne²⁰.

Faßt man die Aussagen zur Neuen Sozialen Frage und das Staatsverständnis der Mannheimer Erklärung zusammen, so wird die Struktur der Theorie der CDU deutlich: Stärkung des Staates, Sicherung der Staatsautorität auf der Grundlage eines überverbandlichen Gemeinwohls, Zurückdrängung und Einbindung der Verbände, insbesondere im Verteilungskampf, Stärkung der einzelnen und der Familien.

In historischer Perspektive scheinen diese Leitprinzipien nicht so neu zu sein, wie sie sich darstellen, und erscheint die „neue CDU“ keineswegs so neu, wie sie sich präsentiert. 1965 hatte *Ludwig Erhard*²¹ ein ähnliches „Programm für Deutschland“²² entworfen. Der „Große Plan der CDU“²³, die „Formierte Gesellschaft“, beruhte auf der gleichen Grundlage wie heute die Mannheimer Erklärung: Rufe an die Arbeitnehmer zur Mehrarbeit (bei Erhard war es noch eine Stunde), Kritik am Verbandspluralismus, Forderung nach „Einbindung“ der organisierten Sonderinteressen zugunsten einer überverbandlichen Gemeinwohlorientierung und Forderung nach einer Stärkung der Staatsautorität.

Betrachtet man die Gesellschaftsvorstellung: starker Staat an der Spitze, schwache Verbände in der Mitte und am Ende der Pyramide eine Masse starker — aber vereinzelter — Individuen und Familien, dann kommt die autoritäre Grundstruktur der angestrebten neuen Gesellschaft sehr deutlich zum Vorschein.

17 Mannheimer Erklärung, S. 19.

18 Ebenda S. 18.

19 Ebenda S. 36.

20 Ebenda S. 37.

21 Erhard, L.: Der Weg in die Formierte Gesellschaft, in: *Epoca*, Nr. 8, August 1965, abgedruckt in: „Bulletin“ der Bundesregierung v. 28. 7. 1965.

22 Erhard, L.: Programm für Deutschland, Referat auf dem 13. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 31. März 1965, Düsseldorf 1965.

23 Vgl. Opitz, R.: Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 9/1965.

Was die Mannheimer Erklärung schützen will, ist „die Freiheit, die *wir* meinen“ (*Helmut Kohl*). Nicht von ungefähr hat gerade Ludwig Erhard die Endfassung der Mannheimer Erklärung entscheidend geprägt.

Sozialwissenschaftler als Programmgeber

Verfolgt man die These von der Neuen Sozialen Frage in die sozialwissenschaftliche Diskussion hinein, so stößt man auf bedeutende gleichgerichtete Theorieelemente.

Die „Formierte Gesellschaft“ hatte in *Eric Voegelin* und *Rüdiger Altmann* zwei prominente Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler als Programmgeber im Hintergrund, insbesondere aber einen prominenten Theoretiker der Gewerkschaften, *Götz Briefs*. Die Rolle des Gewerkschaftsexperten hat heute Biedenkopf selbst übernommen. Zur weiteren Fundierung seiner Theorie der Neuen Sozialen Frage kann er sich freilich auf neuere kritische Arbeiten zum Problem der Verbände und zum Problem der politischen Willensbildung (sog. Deprivations- bzw. Disparitätsanalysen) stützen, die im Grunde das gleiche aussagen, was Biedenkopf und die CDU programmatisch über die sozialen Ungleichheiten festgeschrieben haben. Eben wegen der strukturellen Identität der jeweiligen Argumentation müssen wir uns auch mit der Disparitätstheorie auseinandersetzen.

Tatbestände

Analysiert man den Prozeß der politischen Willensbildung und vergleicht man, wie stark oder wie wenig verschiedene Interessen in der Gesellschaft durch Interessenverbände repräsentiert sind, so zeigt sich in der Tat, daß zahlreiche Interessen über keine relevante Verbandsrepräsentation verfügen. Dies trifft u. a. für die Interessen der Menschen zu, soweit sie Rentner, Pensionäre, Sparer, Hausfrauen, Heimbewohner, Kinderreiche, Sozialversicherte, Patienten, Obdachlose, Strafgefangene, Arbeitslose usw. sind. Die deprivilegierte Stellung der Menschen in diesen Sozialpositionen rührt u. a. daher, daß sie keine spezifischen Leistungen für die Gesellschaft erbringen, nicht direkt am reflexiven Mechanismus von Wertschöpfung und Verteilung teilnehmen, sondern nach der herrschenden Auffassung (nur) Kostenträger für die Gesellschaft darstellen. Ausgeschaltet aus dem Prozeß von Wertschöpfung und Verteilung, verfügen sie über kein maßgebliches Leistungsverweigerungspotential, über kein Droh- oder Störpotential, durch das sie den Gesellschaftsmechanismus im Sinne der Protest-Politik oder der Leistungsverweigerung erschüttern und so Interessenberücksichtigung erzwingen könnten. Ihnen fehlt es an sozialer Homogenität oder an Konstanz der gemeinsamen Interessen, so daß sie als Interessengruppe weder recht organisationsfähig noch wirklich konfliktfähig sind.

Folgt man der Einteilung der Gesellschaft nach Funktionsbereichen, so werden wichtige gesellschaftliche Lebensbereiche weniger als andere durch besondere Interessengruppen vertreten: z. B. der Wohnbereich, z. T. der Freizeitbereich, beson-

ders aber das Gesundheitswesen, der Bildungssektor, der Strafvollzug oder die Umwelt. In manchen dieser Bereiche haben sich erwerbswirtschaftlich-professionelle Interessenvertretungen institutionalisiert, die ihre spezifischen Geschäftsinteressen in diesen Bereichen wahrnehmen (z. B. Ärzte).

Die zentrale Bedeutung dieser nicht durch mächtige Interessenvertretungen besetzten Lebensbereiche hat in der Sozialwissenschaft zu der These geführt, daß „das allgemeine Interesse“, das Gemeinwohl, keine spezifische Fürsprache mehr finde²⁴. Mit der Entideologisierung der Parteien und mit der Transformation der Parteien zu „Volksparteien“ hätten sich die Parteien zu Organen der politischen Willensbildung entwickelt, die in sich selbst nur noch ein Einflußparallelogramm der mächtigen gesellschaftlichen Interessenverbände darstellten, also in sich selbst schon eine Interessenselektion hergestellt hätten — und zwar zum Nachteil des Allgemeininteresses.

Disparitätstheorie

Die Schlußfolgerungen aus der gegenwärtigen Machtlage waren in den sog. Deprivations- bzw. Disparitätsanalysen zweifach: 1. daß sich in der Politik der hochindustrialisierten westlichen Staaten primär kapitalorientierte Interessen durchsetzen könnten, da die Kapitaleigner über den wichtigsten Funktionsbereich in der Gesellschaft, die Wirtschaft, bestimmten und das politische System in seiner Konjunktur-, Wachstums- und Verteilungspolitik diese Interessen schon präventiv in allen seinen Maßnahmen berücksichtigen müsse. Das Ergebnis war aber zugleich: 2. daß es dennoch heute keinen eigentlichen Klassengegensatz von Arbeit und Kapital mehr gebe, weil die Arbeitnehmer durch starke Gewerkschaften relativ gut vertreten und dadurch relativ gleichberechtigt am reflexiven Mechanismus von Wertschöpfung und Verteilung in der Gesellschaft beteiligt seien. Die Arbeitnehmer hätten gegenüber anderen Gruppen und Individuen in der Gesellschaft eine relativ hohe Organisationsbereitschaft, eine hohe Konfliktbereitschaft und — im Streik — ein wirksames Leistungsverweigerungs-, Droh- und Störpotential, um ihre Interessen wirksam zur Geltung bringen zu können.

Wichtig ist die zentrale Aussage, daß zwar kapitalorientierte Interessen in der Gesellschaft dominierten, daß aber der alte, klassenmäßige Zwiespalt in den Lebenslagen überdeckt bzw. überlagert worden sei durch neue „Disparitäten“²⁵.

24 Vgl. Forsthoﬀ, E.: Rechtsstaat im Wandel — Verfassungsrechtliche Abhandlungen, Stuttgart 1964, ders.: Strukturwandlungen der modernen Demokratie, Stuttgart 1964, und Leibholz, G.: Strukturprobleme der modernen Demokratie, Neuausgabe 1974.

25 „Da sowohl zwischen Arbeit und Einkommen wie zwischen Einkommen und der konkreten Struktur der Lebenschancen politisch manipulierbare Variablen in großem Umfang intervenieren, lassen sich die neuen Formen der sozialen Ungleichheit nicht mehr unmittelbar auf ökonomische Klassenverhältnisse abbilden und als deren Reflex erklären. Statt dessen sind auf der Ebene des politischen Systems diejenigen Mechanismen aufzusuchen, die das ‚vertikale‘ System der Ungleichheit von Klassenlagen einerseits durch ein ‚horizontales‘ System der Disparitäten ablösen, andererseits durch Interventionsverzicht Fragmente unmittelbar ökonomisch verursachter Ungleichheiten konservieren.“ Ofte, C.: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress / Senghaas: Politikwissenschaft, Frankfurt 1972, S. 154.

Die These von den neuen Disparitäten weist eine strukturelle Identität zur These von der Neuen Sozialen Frage auf.

Die These von der „Disparität der Lebensbereiche“ ist erstmals auf dem Frankfurter Soziologentag 1968 vertreten worden²⁶. Sie wurde bezeichnenderweise von Vertretern der „Neuen Linken“ aus dem Umkreis der „Frankfurter Schule“ vorgetragen.

Auf dem Frankfurter Soziologentag hatte die Disparitätstheorie einen spezifischen wissenschaftspolitischen Stellenwert, den man sich vergegenwärtigen muß, um sowohl die Disparitätstheorie wie auch die Theorie von der Neuen Sozialen Frage heute einordnen zu können. 1968 war der Ansatz der Disparitätstheorie ein Versuch, sich sowohl der These zu erwehren, die Bundesrepublik sei eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ bzw. eine nach rein funktionalen Gesichtspunkten organisierte „Industriegesellschaft“, und sich zugleich derjenigen Theorie entgegenzustellen, die Bundesrepublik sei noch immer eine traditionelle kapitalistische Gesellschaft und mit den traditionellen Instrumenten der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie zu analysieren. Abgrenzung nach rechts und extrem links war also der — objektive — wissenschaftspolitische Gehalt dieses Ansatzes. Die Ablehnung marxistischer Analyseinstrumente gründete sich weitgehend auf die Ablehnung der Marxschen Werttheorie²⁷.

Mit der Disparitätstheorie wird gezeigt, daß die Bundesrepublik schwerwiegende gesellschaftliche Ungleichheiten aufweist, und erklärt, warum die Gesellschaft als (spät-)kapitalistische anzusprechen sei²⁸, ohne daß man sich der analytischen Instrumente marxistischer oder sozialistischer Theorie bedient. Der CDU gibt die These von der Neuen Sozialen Frage heute die Möglichkeit, Ungleichheiten in den Lebenslagen der Menschen zuzugestehen, einen Aufgabenkatalog für die Zukunft vorzulegen und zugleich ein gesellschaftspolitisches Programm zu entwerfen, ohne mit der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften in eine gemeinsame Linie zu treten. Auch in der politischen Standortbestimmung liegen also gewisse Gemeinsamkeiten der Disparitätstheorie und der Theorie von der Neuen Sozialen Frage. Eine Kritik muß daher beide Theorien umgreifen.

Zur Kritik der Disparitätstheorie und der Neuen Sozialen Frage

Fragwürdig erscheint die Disparitätstheorie und die These von der Neuen Sozialen Frage zunächst, wenn der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital als

26 Vgl. Bergmann J., Brandt G., Körber K., Mohl E.-Th., Offe C.: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages v. 8. bis 11. April 1968, hrsgg. von Th. W. Adorno, Stuttgart 1969, S. 67 ff.

27 Vgl. u. a. zu dieser Diskussion Himmelmann, G.: Arbeitswert, Mehrwert und Verteilung, Opladen 1974, zur Rezeption der Arbeitswerttheorie durch J. Habermas vgl. S. 104 ff.

28 Vgl. Habermas, J.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, und Offe, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, vgl. auch Lit. in Anm. 25 und 26.

„überwunden“, „überdeckt“, „überlagert“ oder „gelöst“ bezeichnet wird, wenn postuliert wird, daß der Funktionsmechanismus des „institutionalisierten Klassenkampfes“²⁹ den Arbeitnehmern — im Rahmen der ritualisierten Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften — einen quasi automatisch wachsenden Wohlstandszuwachs gewähre, daß also im Verteilungskampf gewissermaßen eine Art materieller „Gerechtigkeit“ eingetreten sei, oder wenn sogar behauptet wird, daß die Arbeitnehmer die eigentlichen Privilegierten des herrschenden Systems von Wertschöpfung und Verteilung seien. Es scheint, daß die These von den Disparitäten der Lebensbereiche, wenn sie diese Annahmen zugrunde legt oder diese Schlußfolgerungen aufdrängt, die Realitäten auf den Kopf stellt.

1. Die Erkenntnis von der besonderen Deprivilegierung der nicht durch besondere Interessengruppen repräsentierten Menschen bzw. Funktionsbereiche in der Gesellschaft ist an sich nicht neu. Diese Deprivilegierungen liegen heute und lagen früher durchaus schon im Rahmen der traditionellen alten sozialen Frage, da es besonders die Mitglieder der Unterschicht sind, die aufgrund ihrer Deprivilegierung im ökonomischen Prozeß der Wertschöpfung und Verteilung auch in den erwähnten speziellen Funktionsstellungen und in den genannten Lebensbereichen besonders deprivilegiert sind. Die „Lebenslage“ (*G. Weisser*) der Menschen läßt sich nicht einfach funktionalistisch auseinanderdividieren. Die These von der Disparität der Lebensbereiche und die These von der Neuen Sozialen Frage vernachlässigen, daß es nicht die ökonomisch Privilegierten, die besser gestellten Angestellten und die höheren Beamten sind, die unter den genannten Deprivilegierungen leiden, sondern in hohem Maße die unteren Arbeitnehmer, deren Deprivilegierung im ökonomischen Bereich auch auf die anderen Lebensbereiche durchschlägt³⁰.

2. Die der Disparitätsthese vorgelagerte These, daß das Allgemeininteresse keine Fürsprecher finde und auch in den Parteien nicht mehr repräsentiert sei, operiert mit einem Parteienbegriff, der Parteien praktisch mit Interessengruppen gleichsetzt. Daß die Parteien gleichwohl auch als Volksparteien völlig unterschiedliche Vorstellungen von der gesamtgesellschaftlichen Gestaltung repräsentieren und immer noch sehr deutliche Züge von Weltanschauungsparteien zeigen, beweisen — abseits des politischen Kompromißzwangs — u. a. die Parteiprogramme, der politische Tageskampf, die Wahlkämpfe und beweisen auch die Mannheimer Erklärung und die in der Nachfolge gezogenen sozialpolitischen Schlußfolgerungen im Rahmen der Sparpolitik.

3. Betrachtet man den Mechanismus, wie sich Bedürfnisse in politische Interessen transformieren und welche Voraussetzungen dazu notwendig sind: Bedürf-

29 Vgl. Geiger, Th.: *Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, Köln/Hagen 1949, und Dahrendorf, R.: *Industrie- und Betriebssoziologie*, Berlin 1965, und ders.: *Soziale Klassen und Klassenkonflikt*, Stuttgart 1957.

30 Vgl. Osterland M., Deppe W., Gerlach F., Mergner U., Pelte K., Schlösser M.: *Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD*, Frankfurt 1973, 5. Aufl.

nissensibilität, Bedürfnisartikulationsfähigkeit, Denk-, Sprach-, Abstraktions- und Kommunikationsfähigkeit, dann kommt die Bedeutung der Sozialisationsfaktoren Familie, Schule und Betrieb und die diese Sozialisationsinstitutionen prägende Deprivilegierung der unteren Arbeitnehmerschaft wieder in den Bereich der politologisch-soziologischen Analyse³¹.

Wir sehen in dieser Deprivilegierung im Sozialisationsbereich ein wichtiges Problem, auf das sich schon die frühesten Versuche der Arbeiterbewegung konzentrierten, um die Deprivilegierung der Arbeiterschaft in der Gesellschaft zu überwinden (z. B. durch Arbeiterbildungsvereine, Arbeiterschulbewegung usw.). Die familiale, schulische und betriebliche Sozialisation prägen und festigen gerade die Deprivilegierung der Arbeitnehmer.

4. Wenngleich die These von einem nicht mehr allein an dem ökonomischen Klassengegensatz, sondern auch von einem an der Disparität der Lebensbereiche festzumachenden Unterschied in den Lebenslagen eine eigene Plausibilität hat, so zeigt doch auch die Interessenrepräsentanz in der Politik, daß gerade die ökonomisch Deprivilegierten auf den Weg der Interessenorganisation gezwungen sind und waren, um ihre Interessen durchzubringen. In Konfrontation zu den daraufhin gegründeten Gegenorganisationen der Machtinhaber, die ihrerseits den Organisationsvorteil der Arbeiterschaft wettgemacht haben und so z. T. — auf höherer Ebene — die alte Machtrelation in der Gesellschaft wiederherstellten, stehen die Arbeitnehmer — in ihren verschiedenen Rollen und „Lebenslagen“ — weiterhin in einer strukturell benachteiligten Position, da sie primär die Fordern- und nicht die Entscheidenden und Gewährnden sind.

Es muß beachtet werden, daß diejenigen Träger von Interessen, die schon über die ökonomischen Führungs- und Wertverteilungspositionen verfügen oder an ihnen teilhaben, desto weniger genötigt sind, sich zu fragen, wie sie ihre Bedürfnisse durch Interessenorganisation in praktische Politik umsetzen können. Das Interessenverbandsproblem ist primär ein Problem der Deprivilegierten, ob und wie sie über den Mechanismus der politischen Willensbildung ihre Gleichberechtigung durchsetzen können, da sie vom Mechanismus der ökonomischen Willensbildung und Entscheidung ausgeschlossen sind. Bläst man nun — unter der Parole der Neuen Sozialen Frage — gegen die Interessenorganisationen — insbesondere gegen die Gewerkschaften —, so nimmt man gerade den ökonomisch Deprivilegierten ihre eigenständige Chance der Interessenrepräsentation gegenüber den Machtinhabern.

5. Die Disparitätstheorie anerkennt noch die Dominanz kapitalorientierter Interessen in der Politik. Die These von der Neuen Sozialen Frage negiert sie und bezweifelt, daß in den Mitteln der politischen Einflußnahme ein Übergewicht

31 Vgl. exemplarisch Huch, K. H.: Einübung in die Klassengesellschaft. Über den Zusammenhang von Sozialisationsstrukturen und Sozialisation, aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Frankfurt 1975.

bei den kapitalorientierten Interessen liegt. Die Betrachtung der Machtressource allerdings kann hier Klarheit schaffen.

Während die Arbeitnehmerschaft auf die Praktizierung der „Protest-Politik“ (Streik) angewiesen ist, zeigen die Ressourcen: Investitions-Attentismus, Kapitalflucht, Produktionsverlagerung, Produktionsdrosselung und Gewährung oder Entzug von Fachinformation und Sachverstand (für Parteien, Regierungen und Verwaltungen) strukturelle Vorteile der herrschenden kapitalorientierten Interessenvertretung in der Politik — ganz abgesehen davon, daß kapitalorientierte Interessen, wie die Konjunkturpolitik 1974/75 zeigt, eine deutliche funktionelle Vorteilsposition innehaben, die jede Politik im gegebenen System schon präventiv berücksichtigen muß.

6. Sowohl die Disparitätstheorie wie die These von der Neuen Sozialen Frage enthalten oder führen zu einschneidenden Revisionen der Verteilungspolitik. Das Problem der vertikalen Verteilung wird bei beiden Ansätzen unter der Hand in ein Problem der horizontalen Verteilung umdefiniert, bei der die Arbeitnehmer unter sich die Verteilungsfrage zu stellen und zu beantworten haben und das Problem der Vermögens- und Entscheidungsmachtverteilung aus dem Gesichtskreis ausgeblendet ist.

7. Es scheint, daß der Versuch des Nachweises, der Klassengegensatz sei durch die Disparität der Lebensbereiche und die alte soziale Frage durch die Neue Soziale Frage abgelöst worden, äußerst fragwürdig ist. Im Gegenteil läßt sich sagen, daß die soziale Frage nicht mehr allein eine Frage des eingengt lohnpolitischen Gegensatzes von Kapital und Arbeit ist, sondern daß dieser Gegensatz ein gesamtgesellschaftlicher ist, daß er sich zunehmend — auch im Bewußtsein der Betroffenen — auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt hat (Berufsbildung, Humanisierung der Arbeit, Reform des Gesundheitswesens usw.), und daß er immer mehr zu gesamtgesellschaftlichen Lösungen drängt. Die originäre Verteilung der Verfügungsmacht, der Grad der Teilhabe bei Entscheidungen in der Politik und die Macht- und Einflußbreite spezifischer sozialer Schichten weisen auf eine klassenmäßige bzw. schichtenspezifische Unterscheidung in den Chancen der Lebensgestaltung hin — wenn auch nicht auf eine klassenmäßige Polarisierung. Sich hier über den Klassenbegriff zu streiten, wäre wohl nicht sehr sinnvoll. Die Definition von Lebenslagen auf der Grundlage der Teilhabe an der Verfügungsmacht im Bereich der Wirtschaft und die Definition von Lebenslagen auf der Grundlage der Teilhabe an der politischen Willensbildung divergieren nicht, sondern konvergieren.

Daher läßt sich die These vertreten, daß die Neue Soziale Frage so neu nicht ist und daß sie als ein Teil der alten sozialen Frage betrachtet werden muß — und von den Gewerkschaften auch immer so betrachtet worden ist. Die These von der Neuen Sozialen Frage deckt Deprivilegierungen auf, die nur dann als „neu“ bezeichnet werden können, wenn man den Gegensatz von Kapital und

Arbeit in der Gesellschaft bisher rein ökonomisch aufgefaßt hat und wenn man die vermittelnden Ursachen und die historischen Wurzeln dieser Deprivilegierungen unberücksichtigt gelassen hat. In politischer Perspektive scheint uns, daß die Disparitätsthese, die These von der Neuen Sozialen Frage und die daraus gezogenen sozialpolitischen Schlußfolgerungen insbesondere einen antigewerkschaftlichen Affekt enthalten und legitimieren sollen. Sie können politisch auch dazu dienen, die These vom „Gewerkschaftsstaat“ zu bekräftigen, Kernelemente der sozialen Sicherung und der sozialen Rechte der Arbeitnehmer in Frage zu stellen, ein Gewerkschaftsgesetz (sog. „Verbandsgesetz“) zu rechtfertigen³² und eventuell eine autoritäre Regierungspraxis zu legitimieren.

³² Ein solches Verbandsgesetz wird derzeit von der FDP protegirt. Die CDU lehnt nach Aussagen von H. Kohl („Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 10/1974, S. 621 ff.) — heute noch ein „Gewerkschaftsgesetz“ ab (ebenda S. 628). Kohl warnte allerdings die Gewerkschaften sehr deutlich. Er forderte eine wirksame innerverbandliche Demokratie in den Gewerkschaften (also ob sie die nicht hätten), einen Verzicht auf Omnipotenz (als ob sie diese beanspruchten) und einen Verzicht auf einseitiges parteipolitisches Engagement (als ob sie dieses tatsächlich pflegten).